



### **Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 27.04.2016:**

*Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru*

Dan-news.info: Die Untergruppe der Kontaktgruppe zu humanitären Fragen hat heute mit den Konsultationen in der Hauptstadt Weißrusslands begonnen. Dies teilte der Pressedienst des Leiters der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen Denis Puschilin mit. Es wird erwartet, dass heute in Minsk auch ein Treffen der Untergruppe zu ökonomischen Fragen stattfindet. Morgen finden Konsultationen der politischen Untergruppe statt, diesmal als Videokonferenz. Ein Treffen der Kontaktgruppe ist für den 29. April in Minsk angesetzt.

Lug-info.com: Die Teilnehmer der Arbeitsgruppen zu ökonomischen und humanitären Fragen der Kontaktgruppe haben ihre Sitzung in Minsk begonnen. Dies teilte der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen in Minsk Wladislaw Dejnego mit. „In Minsk haben Treffen der Teilnehmer von zwei Arbeitsgruppen begonnen: zu ökonomischen Fragen und zu humanitären Fragen“, sagte er. „Die Vertreter der LVR werden auf der vorrangigen Behandlung der Frage der Gasversorgung von Perwomajsk bestehen“, unterstrich Dejnego.

Dan-news.info: Erklärung Sachartschenkos über die Nichterfüllung der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine  
Kiew ignoriert weiterhin die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen und des Maßnahmekomplexes und jedes Mal, wenn es einen Schritt voran geht, geht es zwei Schritte zurück. Alle Erklärungen Kiews über die Unmöglichkeit der Erfüllung der Vereinbarungen, über unsere Tatenlosigkeit in dieser Richtung sind eine leere Luftbewegung und der Versuch, das Fehlen des politischen Willens zu rechtfertigen.  
Kiew betrügt weiterhin. Beispielsweise, indem es auf der einen Seite seine Bereitschaft zum Austausch von Gefangenen zeigt, auf der anderen Seite den sechsten Punkt der Vereinbarungen ignoriert: Austausch aller Geiseln und ungesetzlich festgehaltenen Personen auf der Grundlage des Prinzips „alle gegen alle“. Im Großen und Ganzen versucht Kiew, von uns seine Soldaten, die mit der Waffe in der Hand in Gefangenschaft genommen wurden, gegen bisher nicht am Konflikt beteiligte Menschen, die von ukrainischen Spezialdienst unter völlig erfundenen Vorwänden festgenommen wurden, auszutauschen. Dabei sind in den ukrainischen Kerkern Tausende unserer Anhänger, darunter solche, die aus ausschließlich politischen Motiven verurteilt wurden. Die Rede ist von den Punkten 5 und 6 des Maßnahmekomplexes.  
Der Punkt einer allumfassenden Feuereinstellung wird nicht erfüllt. Mehr noch, heute, am 27. April, wurde von ukrainischen Strafruppen kaltblütig und zynisch der Kontroll- und Passierpunkt

„Jelenowka“ beschossen. Es litten friedliche Einwohner: Frauen, Kinder, alte Leute. Dies ist eine klare und grobe Verletzung aller Minsker Vereinbarungen.

Dan-news.info: Der Westen hat eine verzerrte Vorstellung von der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine. Dies erklärte heute die Außenministerin der DVR, die Vertreterin der Republik in der politischen Untergruppe Natalja Nikonorowa als Kommentar zur Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

„Gemäß dem Punkt 12.1.4 des genannten Dokuments (Resolution „Humanitäre Frage in Bezug auf Menschen, die während des Kriegs in der Ukraine gefangenen genommen wurden“, vom 21. April – Anm. DAN), ruft die Parlamentarische Versammlung des Europarates die Regierung der Ukraine auf „das Gesetz „Über die Unzulässigkeit der Verfolgung und Bestrafung von Teilnehmern der Ereignisse auf dem Territorium der Donezker und Lugansker Oblaste“ zu ändern, damit die Personen, die Kriegsverbrechen begangen haben, keine Amnestie erhalten“. Dieser Aufruf demonstriert deutlich, dass die Versammlung nur über unvollständige Informationen verfügt, die nur von einer der Konfliktseiten zur Verfügung gestellt wurden“, sagte die Außenministerin. Die Ministerin erklärte, dass das genannte Gesetz auch nicht in Kraft getreten ist – das ukrainische Parlament hat es im September 2014 angenommen, das Dokument ist wie zuvor nicht vom Präsidenten unterzeichnet, aber auch nicht zur Überarbeitung zurückgegeben worden. Im Zusammenhang damit, so Nikonorowa, „stelle es sich schwierig dar“, den Status des Gesetzes zu bestimmen.

Die Außenministerin sagte dabei, dass die Parlamentarische Versammlung in ihrer Resolution auf Fälle von Verletzungen der Rechte auf Freiheit und eine gerechte Gerichtsverhandlung von Personen verweist, die von ukrainischen Spezialdiensten festgenommen wurden.

„Dies zeugt davon, dass die Ausmaße dieser Verletzungen so bedeutsam sind, dass sie schon nicht mehr versteckt oder verschwiegen werden können“, fasste die Diplomatin zusammen.

Lug-info.com: Erklärung des Vorsitzenden des Volkssowjets der LVR Wladimir Degtjarenko über einen besonderen Status des Donbass

Der Donbass fordert die Zurückziehung der Änderung vom 17. März 2015 im Gesetz über einen besonderen Status. Diese Änderung ist nicht mit dem Donbass abstimmt und ihre Einfügung ist ein Teil des Plans Kiews zur Imitation der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen.

Trotz der eindeutigen Entscheidungen der Kontaktgruppe zur Wiederbelebung des von der Ukraine eingefrorenen Gesetzes über einen besonderen Status, das die Grundlage einer friedlichen Regelung der Situation im Donbass ist, entgegen den Entscheidungen, die im Rahmen des Normannischen Formats ausgearbeitet wurden, hat Kiew bis jetzt nicht die Änderung vom 17. März zurückgezogen, die dem Maßnahmekomplex widerspricht, nicht mit dem Donbass abgestimmt ist und es hat nicht die notwendigen Änderungen angenommen, um den besonderen Status nach der „Formel Steinmeier“ einzusetzen, es hat überhaupt nichts in Beziehung auf die Einführung eines dauerhaften besonderen Status getan.

Neben dem Unwillen Kiews eine Verfassungsreform durchzuführen, die das in Minsk am 12. Februar 2015 vereinbarte besondere verfassungsrechtliche Regime im Donbass absichert, demonstriert die Untätigkeit Kiews bezüglich der Korrektur der Folgen des Vorgehens vom 17. März deutlich den Unwillen der Ukraine, die Minsker Vereinbarungen zu realisieren und ihr Streben zur Durchführen einer ultimativen Gesetzgebung, wo alle Akte nichts mit der Realisierung des Friedensplans zur Regelung der politischen Konflikts zwischen Kiew und dem Donbass gemein haben.